



## Mitbestimmen

Eine Initiative will Beispielen in Europa folgen und einen Bürger\*innenrat in Bielefeld einrichten. **Seite 3**



## Handeln

Nach 20 Jahren verlässt der Heilsarmee-Pastor Michael Geymeier Bielefeld und hinterlässt Spuren. **Seite 5**



## Unrecht sprechen

Prozesse gegen NS-Verbrecher endeten oft mit milden Urteilen. Auch in Bielefeld. **Seite 7**

# Viertel

Schon bezahlt

Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

Nr.45 | Frühjahr 2021

## Ausgebremst

Über Aufstieg und Fall der Mietpreisbremse vor Gerichten und in Bielefeld berichtet **Christine Russow**

FOTO: MARTIN SPECKMANN



Im März endete vor dem Bielefelder Amtsgericht der wohl vorerst letzte Rechtsstreit um die Mietpreisbremse (MPB). Das auf fünf Jahre begrenzte Bundesgesetz besagt, dass die Miete in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt, die das Land Nordrhein-Westfalen festlegt, höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. 6,24 Euro wären das bei den klagenden Mieterinnen Karin und Christel Schmidt\* gewesen. Ihr Vermieter verlangt aber 9,17 Euro für den Quadratmeter.

### Vermieter nutzen Marktmacht

Für solche Fälle war die MPB gemacht. »Dieses mietenpolitische Instrument soll die galoppierenden Mieten stoppen und eine Handhabe bieten gegen Vermieter, die ihre Marktmacht unverschämte ausnutzen«, sagt Ralf Brodda, Geschäftsführer des Mieterbundes Ostwestfalen-Lippe. Die Schmidts hatten sich wie viele Mieter:innen auf den Vertrag eingelassen, weil sie dringend eine Wohnung brauchten und der Markt in Bielefeld leer gefegt war. Jeden Monat zahlen sie 170 Euro zu viel. Rund 7.500 Euro waren zwischen August 2017, als sie das Gesetz geltend gemacht hatten, und dem Tag der Verhandlung aufgelaufen. Sie mussten sich mit einem Vergleich abspesen lassen. 2.000 Euro kriegen die Kläger:innen dafür, dass sie nicht weiter klagen und die hohe Miete akzeptieren. Mehr war nicht drin.

Schuld daran ist das Land Nordrhein-Westfalen, das das Bundesgesetz so schlecht umgesetzt hat, dass es findige Anwälte von Vermietern kaputt klagen konnten. Das Land hatte die entsprechende Verordnung im Juli 2015 im Internet veröffentlicht, ebenso wie die Kurzfassung eines Gutachtens, das die Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt ausweist. Weil die MPB aber in das Grundrecht »Schutz auf Eigentum« eingreift, reicht das nicht, befand das Kölner Amtsgericht im Dezember 2019. Es hätte die Langfassung sein müssen und zwar von Anfang an.

Da nützte es nichts mehr, dass das Land die richtige Fassung vier Jahre später ebenfalls veröffentlichte. »Die Verordnung NRW leidet an einem unheilbaren Formfehler, weil sie nicht zusammen mit einer ausreichenden Begründung bekannt gemacht wurde«, erläutert der Mietrechtspapst Ulf Börstinghaus in einer Fachzeitschrift. »Das Nachschieben der Begründung ist unter Transparenz- und Nachvollziehbarkeitsgesichtspunkten aufgrund der Grundrechtsrelevanz der Vorschriften zur Mietpreisbremse nicht zulässig.«

Dem Schutz auf Eigentum ist also Genüge getan. Auf der Strecke geblieben sind Mieterrechte. Für die Schmidts ging es um viel Geld und um mehr. »Ich habe auf das Gesetz vertraut und bin enttäuscht, dass der Gewinn, den Eigentum erwirtschaften kann, offensichtlich so viel mehr zählt als der

ebenfalls im Grundgesetz aufgeführte Grundsatz »Eigentum verpflichtet«, sagt Christel Schmidt. »Und ich frage mich, ob eine Landesregierung ein unliebsames Bundesgesetz einfach nur schlampig umsetzen muss und es dann kaputt klagen lassen kann.«

### Mieser Job der Ministerien

Allerdings hat nicht nur NRW schlecht gearbeitet, auch die Verordnungen von Hamburg, Hessen, Bayern, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben vor Gericht nicht standgehalten. Da in dieser illustren Reihe fast alle größeren Parteien vertreten sind, ist die schlechte Leistung nicht auf die politische Couleur zurückzuführen. Vielleicht aber auf die ministerialen Verwaltungen? »Bundesgesetze in Verordnungen umzusetzen gehört zum täglich Brot der Landesministerien. Was die sich da geleistet haben, erschüttert«, sagt Mieterbund-Geschäftsführer Brodda. »Ich frage mich was schlimmer wäre: Wenn das Vorsatz ist oder die ihren Job nicht können?«

Einer kann seinen Job jedenfalls überhaupt nicht – und das ist »empirica«. Dieses Institut hat ein Mantelgutachten für die ab 2020 für fünf Jahre verlängerte MPB erstellt und ist tatsächlich zu dem Ergebnis gekommen, dass alles tiptopp ist auf dem Bielefelder Wohnungsmarkt und hier keine MPB mehr nötig ist. Zu diesem Ergebnis konnte »empirica« nur kommen, weil das Institut hartnäckig aktuelle Daten, etwa aus dem städtischen Wohnungsmarktbericht, ignorierte. Da hätten die Gutachter erfahren können, dass nicht etwa 4 Prozent der Wohnungen leer stehen, sondern nur 0,3 Prozent. Und dass hier die Mieten im Altbestand seit 2010 um gut 30 Prozent gestiegen sind, die von Neubauten sogar um rund 48 Prozent. Ein ausgeglichener Wohnungsmarkt sieht anders aus.

Alle Kritik am »empirica«-Gutachten nutzte nichts. Die MPB gilt jetzt nur noch in 18, statt in 22 Gemeinden in NRW. Und es profitieren nur 2,9 Millionen Mieter:innen, statt 4,1 Millionen. Auch in Bielefeld ist sie nicht mehr gültig. Hier können Vermieter:innen also bei Neuvermietungen rausholen, was der Markt hergibt. Grenzenlos.

\* Namen geändert, die Namen sind der Redaktion bekannt.

### » wörter davor

Blick zurück nach vorn: Plan A gescheitert, Plan B auch. Bert Brecht hat es gewusst: »... gehn tun sie beide nicht.« Was also tun? Verschieben! Novemberhilfen? Testen? Impfen? Auch verschieben! Zweite Impfung? Kultur? Urlaub? Wieder verschieben.



Was bleibt, ist Hoffnung. Und darum gibt es jetzt diese »Viertel«. Buchrezension, Blogs und Podcasts auf Seite 4: Wissen, KI, Klimawandel – alles wächst exponentiell. In »Das Experiment sind wir« fragt Christian Stöcker, wie der großen Beschleunigung begegnet werden kann. Kaum überschaubar sind auch die unendlichen Weiten des www. Also her mit dem Internetnavi! Kleine, feine Tipps, die das Netz ein wenig ordnen.

ZeroCovid? Keine Frage für Christian Y. Schmidt. Der Ex-Dreck- und Titanic-Redakteur kritisiert seit Beginn der Pandemie die politischen Entscheidungen und spricht mit der Viertel.

»Du bist, was Du isst.« Die »Solidarische Landwirtschaft Bielefeld« macht den Rücken krumm, um der Krume gesunde Nahrung zu entlocken. Interview und »Solawi«-Besuch auf Seite 6.

Zum guten Ende macht Bernd Kegel sich Gedanken. Von fallsüchtigen Deutsch-Alternativen, Kunst und Leid, Kultur und Grund, Gesetz und mehr. Kommen Sie gut durch.

Für die Redaktion, **Matthias Harre**

### » vorlaut

## Krisenknabbern

Schokolade auf dem Sofa gegen die gemeine Welt da draußen. Okay – aber so? In Bielefeld wurden im letzten Jahr rund 11.200 Tonnen Süßwaren verzehrt. Davon allein 3.100 Tonnen Schokolade, 1.900 Tonnen Knabberartikel und 1.500 Tonnen Speiseeis, teilt die Gewerkschaft NGG in einer Pressemitteilung mit. Demnach stieg der Verbrauch süßer und salziger Snacks im vergangenen Jahr auf durchschnittlich 33,4 Kilo pro Kopf. Mit den stärksten Zuwächsen bei den Knabberartikel, wie Salzstangen, Chips, gewürzte Erdnüsse usw..

Wenn mal alles vorbei ist, hoffentlich kommen wir dann noch aus dem Fernsehsessel.

## IN KÜRZE

## Jetzt aber...

Zwei Mal wurde der Starttermin schon verschoben. Nun sollen ab dem 21. Mai bis zum 13. Juni immer donnerstags bis sonntags Konzerte, Lesungen und Artverwandtes stattfinden. Nach Wochen von Lockdown, geschlossener Bühnen und Clubs will die Bielefelder Kulturszene wieder durchstarten.

Mehrere lokale Kulturveranstalter haben sich unter der Initiative der Kulturgruppe e.V. zusammengeschlossen und ein vierwöchiges Programm auf die Beine gestellt. Im Einklang mit Corona-Schutzverordnungen steht ein Festzelt auf dem Parkplatz des Forum Bielefeld und soll damit Publikum und Künstlern einen sicheren Veranstaltungsort bieten.

Gefördert wird die Veranstaltungsreihe vom Bundesverband Soziokultur e.V. sowie der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien.

Die Vorbereitungen laufen derzeit auf Hochtouren damit im »Bielezelt« endlich Schluss ist mit still und die Kultur in Bielefeld eine Corona-sichere Bühne bekommt. »Wir sind optimistisch, dass im Mai wieder »was geht« und freuen uns mit allen Beteiligten auf den Neustart«, sagt Charlotte Koch für die Kulturgruppe.

»Infos unter [www.bielezelt21.de](http://www.bielezelt21.de)

### Leserbrief: »Eine Gedenkstätte von nationaler Bedeutung« (Viertel 44)

Liebes Redaktionsteam »Die Viertel«, ich lese die Quartierszeitung gerne und mit Gewinn. Ich finde es gut, dass es durchaus pointierte Artikel gibt. Damit hebt sich »Die Viertel« wohltuend von anderen Stadtteilzeitungen ab.

Gestatten Sie mir gleichwohl eine kritische Anmerkung zu dem Artikel »Eine Gedenkstätte von nationaler Bedeutung« auf Seite 6 (Viertel Nr. 44). Ich bin irritiert, dass der Arbeitskreis »Blumen für Stukenbrock« in dem Artikel mit keinem Wort erwähnt wird. Es ist dem Arbeitskreis zu verdanken, dass Stalag 26 ab Mitte der 60er Jahre ins öffentliche Bewusstsein gerückt und die Erinnerung an das unendliche Leid, das die sowjetischen Kriegsgefangenen dort erfahren mussten, wach gehalten wurde. Ohne die engagierte Arbeit von »Blumen für Stukenbrock« wäre die heutige Entwicklung in Richtung auf eine nationale Gedenkstätte kaum vorstellbar gewesen. Die Arbeit von »Blumen für Stukenbrock« ist nicht zuletzt deshalb besonders hoch einzuschätzen, als dieser Arbeitskreis bis in die späten 80er Jahre hinein vielfältigen heftigen Anfeindungen ausgesetzt war. Ich will das nicht näher ausführen. Ich meine, dass dies zu der Geschichte dazu gehört und in dem Artikel hätte dargestellt werden müssen.

Mit herzlichen Grüßen, Godehard Franzen

## Quadratisch, praktisch, Karton

Ein Abriss zeitgenössischer Architektur von Charlotte Weitekemper



FOTO: KLAUS FEURICH

Die Zeit schmucker Altbauten scheint vorbei zu sein. Weiß-graue Fassaden, quadratischer Grundriss, keine Extras. Frisch gebaute Mehrfamilienhäuser in Bielefeld sehen oft ähnlich steril aus. Modernes Wohnen soll ökologisch und bezahlbar für die Mieter:innen sein. Trifft die Ästhetik den heutigen Geschmack? Zum Teil, sagt Michael Pappert, Diplom-Ingenieur im Bielefelder Beirat für Stadtgestaltung. »Die einen schwärmen nostalgisch von Altbauten, die anderen mögen es lieber clean und neu.«

Zudem müssen Neubauten den energetischen Standards des Gebäudeenergiegesetzes

(GEG) genügen. Die günstigste Möglichkeit, die Außenhülle zu dämmen, ist das ökologisch überholte, seit den 1960er Jahren eingesetzte Wärmedämmverbundsystem (WDVS). Hierbei kommen Styropor-Platten zum Einsatz, die zusammen mit Putz und Fassade am Haus verklebt werden. Um Schimmel zu vermeiden, wird die Fassadenfarbe mit Chemikalien versetzt. Rund eine Milliarde Quadratmeter WDVS-Platten wurden bislang an deutsche Fassaden gepappt. Fenster, Simse, Türen sind Standardbauteile, die zu den Platten passen müssen. Nach 30 Jahren Haltbarkeit sind die druck-

empfindlichen WDVS-Platten nicht wiederverwertbar, sondern landen im Sondermüll. Gefördert wird das System mit Krediten der KfW-Bank.

### Dämmung aus alter Zeit

Um Häuser energetischer zu gestalten, sei Wärmeschutz im Bestand oftmals sinnvoller, findet Pappert. Eine ordentliche Dämmung des Dachbodens helfe manchmal schon. Leider scheint dies aber immer weniger populär. Auch weil ein Neubau oft die günstigere Alternative darstellt. Doch besonders beim Bau von Mehrfamilienhäusern würden häufig lediglich Mindeststandards eingehalten. Was für die Mieter:innen bedeutet, dass die erhoffte Energieersparnis dann doch niedriger ausfällt. »Keiner investiert in Wohnungsbau, wenn er nicht eine Rendite zu erwarten hat«, erklärt Pappert.

»Es ist vor allem eine kaufmännische Erwägung, ob man abreißt und neu baut oder saniert«, erklärt Bauunternehmer Ralf Enderweit, dessen Firma neue Wohnungen an der Siegfriedstraße baut. Am Bestand zu arbeiten bedeute auch mehr Handarbeit — und die sei meist teurer, weil es dafür keine fertigen Bauteile gebe. Ob sich die Arbeit trotzdem lohne, hänge von der Attraktivität des Bestands und kaufmännischen Erwägungen ab. »Bausubstanz, die funktioniert, die lässt man«, betont Enderweit. Aber die Ästhetik sei nicht unbedingt ausschlaggebend: »Wenn es nur halbwegs aussieht, wohnen da auch Leute, sofern es bezahlbar ist. Besonders, wenn es im Westen steht.«

## Was noch geht

Auf der Stadtteilkonferenz tauschen sich Vereine und Institutionen über ihre Arbeit im Quartier aus. Auch über die Schwierigkeiten in Zeiten von Corona. Von Ulrich Zucht

Seit 2010 trifft sich die Stadtteilkonferenz, um die Lebensbedingungen vor Ort gemeinsam in den Blick zu nehmen. Zuletzt standen die Auswirkungen der Pandemie im Mittelpunkt.

Der Kinderschutzbund koordiniert und ermöglicht Patenschaften für Heranwachsende. Das ist unter Corona nur noch ansatzweise möglich, berichtete Ute Beranek. Zoom-Konferenzen fangen den fehlenden Austausch nur ansatzweise auf.

Der Hauspflegeverein bietet ambulante Pflege- und Betreuungsleistungen und hat unter Maika Horstbrinks Regie zwei Hausgemeinschaften für Menschen mit Pflegebedarf ins Leben gerufen. Die betreuten SeniorInnen sind alle schon durch geimpft. Offene Angebote im Stadtteil für ältere Menschen mussten aber eingestellt werden. Maika Horstbrink: »Im Augenblick reagieren wir mehr, als das wir agieren. Aber wir leiden nicht unter finan-

ziellen Problemen, wie andere Institutionen.«

Beratungsangebote für Sozialleistungsbeneficiäre — wie sie der Verein Widerspruch anbietet — bleiben weiter erlaubt. Beratungen in Präsenz gibt es aber nur mit vorheriger Terminvereinbarung. »Ein niederschwelliges Angebot ist so nicht mehr möglich«, sagt Ines Korzinetzki. »Hinzu kommen Sprachbarrieren am Telefon. Auch der Kontakt zum Jobcenter ist nur noch telefonisch möglich. Aber insgesamt musste unser Angebot nicht abgespeckt werden.«

Am stärksten betroffen sind kulturelle Angebote. Der Verein »Rund um den Sigg« plant dieses Jahr gar keine Events. Lediglich der Sigg-Weihnachtsmarkt soll stattfinden.

Auch die Bürgerwache ist weitestgehend dicht. An Trödelmärkte ist noch nicht zu denken. Allerdings, dank Spendenkampagne und Förderanträgen, sorgt neu installierte Technik dafür, dass Treffen und Veranstaltungen künf-

tig besser digital unterstützt werden. Luftfilteranlagen in allen Räumen sind nun vorhanden. »Wenn wir wieder öffnen, ist die Bürgerwache wahrscheinlich einer der sichersten Orte«, sagt Anna Sümening vom Verein Bürgerwache.

Seine Kirche geschlossen zu halten, ist für Pfarrer Christoph Steffens eine neue Erfahrung. Telefonate statt Hausbesuche, Audio-Botschaften statt Gottesdienste, Video-Konferenzen mit Gruppen anstelle von unmittelbaren Begegnungen. Gemeindefarbeit gestaltet sich gerade etwas anders. Trotzdem blickt er optimistisch in die Zukunft: »Es freut mich, wenn ich höre, dass wir mit den Online-Gottesdiensten auch Menschen erreichen, die bisher nicht oder eher selten unsere Gottesdienste besucht haben. Dann wären unsere digitalen Projekte nicht bloße Notrationen, sondern ein kleiner Neuanfang.«

Anzeigen

**TIM'S**  
Leihwagen

- PKW
- LKW
- Kleintransporter
- 9-Sitzer
- Anhänger
- Unfallersatz
- KFZ-Werkstatt

Walther-Rathenau-Str. 77 • 33602 Bielefeld  
☎ **05 21 - 6 40 50**  
[www.timsleihwagen.de](http://www.timsleihwagen.de) • [info@timsleihwagen.de](mailto:info@timsleihwagen.de)

**mondo**  
buchhandlung

elsa-brändström-straße 23  
33602 Bielefeld  
05 21 64 1 63  
✱ [kontakt@mondo-bielefeld.de](mailto:kontakt@mondo-bielefeld.de)

Bildung für nachhaltige Entwicklung  
in der Bildungsstätte Einschlingen  
Online-Seminare

14. und 21. Juni 2021: 1. und 2. Modul Empowerment für Einzelkämpfer\_innen im Bereich BNE

21.-22. Juni 2021: Kreatives Schreiben für BNE-Engagierte

**Einschlingen**  
die bildungsstätte [www.einschlingen.de](http://www.einschlingen.de)

FOTO: MARTIN SPECKMANN



Schon auf der Treppe zum Rathaus – Mitglieder der Initiative für BürgerInnenräte.

## Dampf machen in der Klimadiskussion

Eine Initiativgruppe will den Bürger\*innenrat Klima ins Rollen bringen. Bernhard Wagner sprach mit Bernadette Bueren

**Viertel:** Ein Bürger\*innenrat für Bielefeld. Ist das eine Antwort auf die Vertrauenskrise der Politik?

**Bernadette Bueren:** Nein, aber es ist die Chance für einen Ausweg aus der zunehmenden Polarisierung der Debatte zu notwendigen Klimaschutzmaßnahmen. Die letztendliche Entscheidung muss weiter in gewählten Gremien fallen. Politik steht beim Klimaschutz vor dem Dilemma, Einzelinteressen und Lebensgewohnheiten begrenzen zu müssen. Das passt nicht dazu, dass Parteien wieder gewählt werden wollen und sie Kompromisse suchen müssen. Im Bürger\*innenrat geht es darum, das gegenseitige Verstehen, die Sachinformation und die Suche nach angemessenen Lösungen nach vorne zu bringen.

**Warum zum Thema Klima?**

2019 wurde in Bielefeld der Klimanotstand ausgerufen. Aber das Verhalten der Politik entspricht nicht dem, was man bei einem Notstand erwartet. Derzeit gibt es viele Kleinkleinentscheidungen, die große Kontroversen hervorbringen. Das hängt damit zusammen, dass für Klimaschutz auch Verhalten geändert werden muss und Interessen berührt werden. Die Klimazerstörung spricht für radikale Maßnahmen. Von dem Sinn solcher Maßnahmen müssen aber möglichst viele Menschen überzeugt sein und das sind sie nur, wenn sie auch an den Entscheidungen beteiligt werden.

**Also eine Beschleunigung der Diskussion?**

Das Tempo der Entscheidungen entspricht nicht dem, was angesichts des dramatischen Klimawandels geboten ist. Hier sind Entscheidungen notwendig, die den Erkenntnisstand der Wissenschaft berücksichtigen. Wir wollen raus aus der Falle der Aufgeregtheit. Heute werden oft die gehört, die am lautesten sind. Ein Bürgerrat ist der Versuch alle Bevölkerungsgruppen miteinander ins Gespräch zu bringen, Menschen auch einmal zuzuhören und selbst Lösungsvorschläge zur Klimarettung erarbeiten zu lassen.

**Da klingt eine Kritik von Lobbygruppen mit?**

Ja und nein, Lobbyinteressen zu formulieren ist berechtigt, sie sollen auch in den Bürger\*innenrat einfließen. Sie müssen nur transparent sein. Ich glaube, Politik ist häufig von intransparenten Lobbyinteressen beeinflusst. Das ist schlecht und schafft Misstrauen in der Bevölkerung.

**Nun gibt es den Einwand, Bürgerinnen und Bürger hätten oft nicht die Kompetenz komplexe Sachverhalte zu beurteilen oder gar zu entscheiden.**

Das ist eine Herausforderung. Wir wollen einen repräsentativ zusammengesetzten Bürger\*innenrat. Da sollen alle Bevölkerungsgruppen mitreden können, nicht nur die mit den besseren Bildungsabschlüssen. Ein Bürgerrat startet in der Regel mit dem Blick der Wissenschaft und von Interessensgruppen auf das Thema. Da müssen komplexe Sachverhalte eben mal in einfacher Sprache dargestellt werden. Das ist möglich und dafür gibt es auch gute Vorbilder, etwa aus Frankreich.

» Info »



Bernadette Bueren gehört zur Initiativgruppe für BürgerInnenräte in Bielefeld. Die Gruppe ist

aus dem Politischen Cafe entstanden und hat momentan dort ihre Kontaktadresse: Politisches-Cafe@web.de

An- und Verkauf  
alter und gebrauchter Bücher  
–  
Büchersuchdienst –

**Antiquariat**  
in der Arndtstraße

Arndtstraße 51 · 33615 Bielefeld  
05 21 / 923 89 96  
kontakt@antiquariat-arndtstrasse.de

Öffnungszeiten: Mo – Fr 12<sup>00</sup> – 19<sup>00</sup> · Sa 10<sup>00</sup> – 14<sup>00</sup>

## Dialog oder Mitbestimmung

In etlichen europäischen Ländern werden Bürgerräte eingerichtet. Mit ihren Empfehlungen geht die Politik unterschiedlich um. Ein Vergleich von Bernhard Wagner

Bürgerräte sind ein neues Instrument demokratischer Mitbestimmung. Zwar treffen die Gremien in der Regel keine Entscheidungen, aber ihre Empfehlungen können politisch verfahrenere Situationen lösen. Bürgerräte werden nach einem Losverfahren besetzt und sollen zugleich alle Bevölkerungsgruppen repräsentieren. Unter neutraler Moderation und mit Unterstützung von Experten und Wissenschaft erarbeiten sie Vorschläge und Empfehlungen für die Politik. Beispiele aus der Praxis haben gezeigt, dass mit diesem Instrument widerstreitende Interessen zusammengeführt und Blockaden politischer Parteien überwunden werden konnten.

Wie wirksam die Gremien sind, hängt davon ab, inwieweit sie von der Politik ernstgenommen werden und ob ihre Vorschläge einen Weg in verfassungsgemäße Entscheidungsverfahren finden.

In Irland etwa gibt es seit etwa zehn Jahren Bürgerversammlungen. Die 169 repräsentativ ausgewählten Männer und Frauen erarbeiteten bisher 40 politische Empfehlungen, davon 18 Verfassungsänderungen. Drei dieser Empfehlungen wurden per Referendum abgestimmt. Sie führten in dem stark katholisch geprägten Land zu einer Legalisierung des Rechts auf Abtreibung, der gleichgeschlechtlichen Ehe und zur Abschaffung des »Blasphemie-Paragrafen«.



FOTO: PIXABAY

In Frankreich berief Präsident Macron in Reaktion auf die Gelbwesten-Bewegung einen Bürgerkonvent. Die 150 Mitglieder wurden nach einem Losverfahren nach den Kriterien Geschlecht, Einkommen, Beruf, Stadt- und Landbevölkerung oder Alter ausgewählt. Sie erhielten Zuarbeit unter anderem durch die Pariser Universität Sorbonne. Der Konvent erarbeitete 149 Vorschläge, wie Frankreich seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 Prozent senken könnte. Hier wurden allerdings etliche Empfehlungen zur Geschwindigkeitsbegrenzung oder einer Steuer für die Umwelt vom Präsidenten sofort kassiert. Letztlich wurde entgegen dem vorherigen Versprechen nicht einmal die Hälfte der Vorschläge an das Parlament weitergeleitet. Und auch diese waren von Macron entschärft und verwässert worden.

**Politik schmückt sich mit dem Bürgerdialog, nimmt das Votum aber lediglich zur Kenntnis**

Auch der Bundestag experimentiert derzeit mit dem Instrument Bürgerrat. »Demokratie« und »Deutschlands Rolle in der Welt« waren die Themen der bisherigen Veranstaltungen. Die recht allgemeine Fragestellung wurde allerdings als zu vage kritisiert. Für den Politikologen Frank Decker von der Uni Bonn war es daher erwartbar, dass die Empfehlungen vielfach auf Allgemeinplätze hinausliefen. Die Politik lobte zwar den Bürgerdialog und schmückte sich mit diesem innovativen Instrument, nahm das Votum aber lediglich zur Kenntnis.

Damit Bürgerräte wirklich zu einem Instrument direkter Demokratie werden können, muss vorab ein klares Verfahren vereinbart werden, wie die Vorschläge diskutiert und wie über sie entschieden werden sollen.



**LORBEER-APOTHEKE**

Seit  
**50 Jahren**  
mitten im  
Bielefelder  
Westen

– Naturheilkunde –  
– Homöopathie –

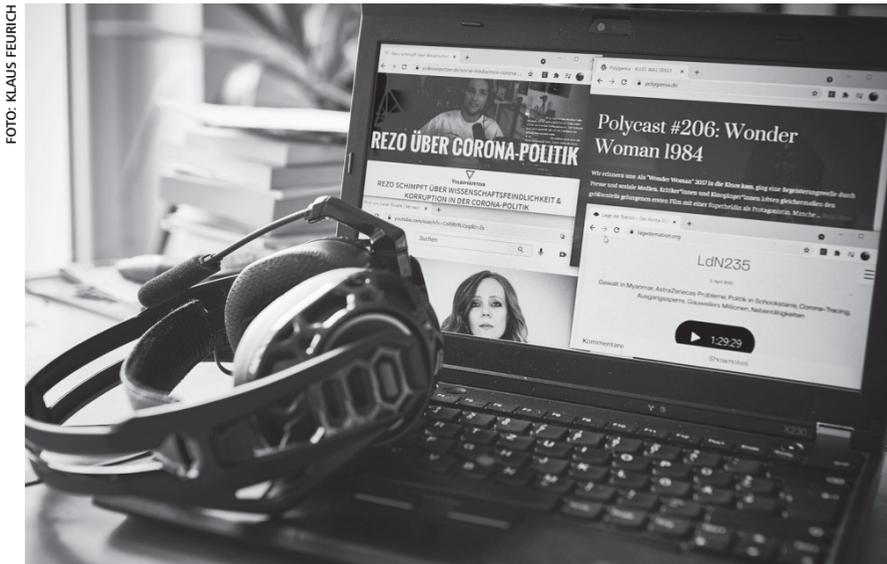
Apotheker Dietmar Becker e. K.  
Siechenmarschstraße 32  
33615 Bielefeld  
Telefon 05 21 / 12 25 41

www.lorbeer-apotheke.de

Anzeigen

# Podcasts, Vlogs & Blogs & so

Im Internet finden, was man sucht? Nicht so schwierig, wie geglaubt.  
Eine Handreichung von Matthias Harre und Charlotte Weitekemper



Auch acht Jahre nach dem »Internet ist Neuland« der Kanzlerin gilt: Es gibt Nachholbedarf bei der Nutzung digitaler Endgeräte. Also: Einfach mal rein ins www. und Überraschung: es gibt viel mehr als Tageszeitung digital! Wir testen: fast wahllos suchen wir die Stichworte »theater«, »nordpol«, »rasieren«, »schach«, »wdr« kombiniert mit »blog«, »audio«, »video« — was immer interessiert, es funktioniert. Das geht aber auch zielorientiert. Hier unsere Empfehlun-

gen: höchst persönlich und selbstverständlich subjektiv.

**volksverpeter.de** versteht sich als »Anti-Fake-News«-Blog, der die tolle Arbeit der vielen großartigen Faktenchecker:innen mit kreativen Aktionen, Witz, Satire und ebenso ausführlichen Recherchen zu ergänzen sucht. Der Blog reagiert angenehm allergisch auf relevante Falschmeldungen aller Art.

**podcasterinnen.org** ist ein Sammelbecken für unterschiedlichste Angebote, um

»Podcasterinnen sowie nicht-binäre Podcastende« und ihre Formate sichtbar zu machen.« Vielfältig und inspirierend.

**panoptikum.io**, **podwatch.io**, **fyyd.de** und **podcast-und-blog-suchmaschinen.de** sind Podcast- und Blog-Suchmaschinen, mit Rezensionen und Bestenlisten. Hier finden sich auch die abwegigsten Inhalte.

**lagedernation.org** ist ein journalistischer Podcast, der wichtige politische Themen wöchentlich einordnet.

Journalistisch und spendenfinanziert arbeitet Tilo Jung. Auf **youtube.com/tilojung** postet der Grimme-Preisträger alle Regierungspressekonferenzen in voller Länge, seine Mitstreiter Alexander Theiler und Hans Jessen kommentieren sie im »Regierungstagebuch«. Dazu gibt es wöchentliche Interviews mit Fachleuten, aber auch mal mit Beatrix v. Storch über den Klimawandel (ein bisschen Comedy muss sein). »Jung & Live«, das sind Expert:innen-Diskussionen zu aktuellen Themen, die »Politikanalyse« von Wolfgang M. Schmitt und die »Hans-Jessen-Show« komplettieren das Angebot.

Der Journalist Lukas Ondreka spricht im **dissenspodcast.de** über Kapitalismus, Politik und Gesellschaft.

Sarah Bosetti zeigt kabarettistisch politische Haltung auf **youtube.com/c/SarahBosetti**. Selbst die Öffentlich-Rechtlichen sind dabei unter **zdf.de/funk/die-da-oben-12030**. »Die Da Oben!« ordnet und vergleicht Meinungen und Forderungen von Politiker:innen und Parteien.

Auf **zdf.de/kultur/germania** versuchen

»bekannte Persönlichkeiten aus Kunst, Kultur und Sport, die alle mit und zwischen mehreren Kulturen leben« die Frage »Germania — was ist deutsch?« zu beantworten.

Die »Amadeu Antonio Stiftung« hat einen Podcast gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus: **amadeu-antonio-stiftung.de/dehate/podcast**.

## Podcastende Wissenschaftler\*innen

Viele Wissenschaftler:innen podcasten: Transformationsforscherin Maja Göpel zum gesellschaftlichen Wandel unter **maja-goe-pel.de**; Philosoph Gert Scobel unter **youtube.com/scobel**; Ingenieurwissenschaftler Volker Quaschnig zu regenerativer Energiegewinnung unter **volker-quaschnig.de**; Chemikerin und Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim auf ihrem Kanal **youtube.com/c/mailab**, unter anderem mit spannenden Analysen von Impfdebatten und Co. Auf **mosaik-blog.at** bietet eine Gruppe von Sozialwissenschaftler:innen politische Analysen aus vielfältigen Perspektiven.

Zum guten Ende noch zwei Tipps zur anregenden Entspannung. **dasgedichtblog.de** versorgt mit allem, was Lyrikfans so brauchen. **polygamia.de** versorgt Gamer:innen mit Rezensionen der neuesten Computerspiele. Auch nicht ganz unwichtig in aktuellen und kommenden Shutdowns. Und: Es gibt noch viel mehr ...

# Das Experiment sind wir

Nichts stoppt die »große Beschleunigung«, aber im Mitdenken können wir aufholen. Eine Rezension von Aiga Kornemann



Christian Stöcker ist Kognitionspsychologe und Wissenschaftsjournalist, leitete fünf Jahre lang das Netzwelt Ressort bei »Spiegel Online«, lehrt »Digitale Kommunikation« an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Ham-

burg und er schreibt Sachbücher. Sein aktuelles erschien 2020 im Blessing-Verlag: »Das Experiment sind wir«.

Die Menschheit übt sich im Selbstversuch ohne Kontrollgruppe: »Können siebeneinhalb Milliarden Menschen, die wenig mit Exponentialfunktionen anfangen können, mit einer sich exponentiell verändernden Welt umgehen oder nicht?« Als kooperative,

neugierige und lernfähige Spezies können wir das hinbekommen, zeigt sich der Autor optimistisch und fächert nicht nur die fürs 21. Jahrhundert wichtigsten Felder sich stetig beschleunigender Veränderungen auf. Er erklärt auch die psychologischen Mechanismen, die naturgemäß den menschlichen Verstand vernebeln und ihn die Gegenwart verkennen lassen.

Stereotype und kognitive Verzerrungen zählen dazu, aber auch die fahrlässige nostalgische Blasiertheit eines klassischen Bildungsideals. Solange Konsumierende den Mechanismus des »abwärts gerichteten sozialen Vergleichs« nicht an sich wahrnehmen, geht es dem Kapitalismus blendend. »Der Mensch kann sich selbst nicht trauen.« Wissen hilft. Informationellen Overkill vermeidet Stöcker, indem er zentrale Themen in Exkurse ausgliedert, die als kleines Nachschlagewerk für sich stehen. Ein wunderbares Buch.

Was haben lernende Maschinen und Bildungsideale, Biotechnologie und Weltklima, Social Media und das Brettspiel Go miteinander zu tun? Auf sie alle wirkt sich die »große Beschleunigung« aus, die Wissenschaftler\*innen 2004 an sozioökonomischen und Erdsystem-Trends ausmachten und in Kurvendiagrammen darstellten. Die zeigen, wie radikal und immer schneller menschliches Handeln seit 1750 auf das System Erde wirkt. Anthropozän. Dabei verläuft die unkontrollierbare Beschleunigung noch langsam genug, um sie im Alltag gut zu verdrängen. Wer macht sich schon bewusst, dass die meisten Leute heute einen Taschencomputer bei sich tragen, der leistungsfähiger ist als die, die Apollo 11 zum Mond brachten — Und das ist gerade mal 52 Jahre her.

Solche Entwicklungen kommen nicht isoliert daher, sie streuen in alle Lebensbereiche. Nicht allein technologischer Fortschritt und Wirtschaft wachsen immer rasanter, auch Kli-

makrise und Artensterben verändern die Welt exponentiell innerhalb von Jahrzehnten.

## Zum Wohle aller

Christian Stöcker hat Wissen, Denkanstöße und Ideen gesammelt, wie Menschen vielleicht noch die Kurve kriegen, indem sie ihre Errungenschaften zum Wohl aller und für die Erde nutzen. Grundlegend für diese zugegeben winzige Chance sei die Bereitschaft, Exponentialfunktionen wirklich zu verstehen, die »große Beschleunigung« als Realität in den Blick zu nehmen und Entwicklungen zu lenken, statt sich blind überrollen zu lassen. Immerhin wissen wir, was Menschen in den Jahrhunderten vor uns nicht wussten: Es liegt an uns.

## » Info »

Christian Stöcker, **Das Experiment sind wir**, Blessing 2020

**Buch tipp**  
Ihre Buchhandlung im Bielefelder Westen!

- Bücher und Hörbücher
- Schöne Postkarten
- Besondere Geschenkartikel & erlesene Schals
- Ausgewählte Musik

Ihr eiliges Buch ... heute bestellt, morgen da!

**Öffnungszeiten**  
Mo-Fr: 9.00 - 13.00 Uhr  
15.00 - 18.30 Uhr  
Sa: 10.00 - 14.00 Uhr

**Kommunikation**  
Fon 05 21 - 9 86 26 60  
www.buch Tipp-bielefeld.de  
lesen@buch Tipp-bielefeld.de

**Christiane Lemcke**

Meindersstraße 7 · 33615 Bielefeld

Ihre Buchhandlung für **Politik & Poesie**

**eulenspiegel**

Hagenbruchstraße 7  
33602 Bielefeld  
Fon 05 21.17 50 49  
Fax 05 21.13 35 10  
e-mail: buch\_eulenspiegel@gmx.de  
www.buchladen-eulenspiegel.de

**Die Kronenklauer**

Kinderbücher  
Bücher für Jugendliche und junge Erwachsene  
Material für Offenen Unterricht  
für Projektarbeit in der Schule, im Kindergarten für die Jugendarbeit

von 10.00 h bis 18.30 h geöffnet,  
Sa bis 16.00 h  
kroklau@aol.com  
mail@kronenklauer.de  
internet: www.kronenklauer.de

**Buchladen „Die Kronenklauer“**  
Goldbach 27/Eingang Arndtstr,  
33615 Bielefeld, Tel 0521-124111

# »Nicht labern. Handeln!«

Nach 20 Jahren verlässt der Heilsarmee-Pastor Michael Geymeier Bielefeld. Zum Abschied hat ihn Bernd J. Wagner begleitet

Michael Geymeier sucht die Orte, wo sich die »Abgehängten« der Wohlstandsgesellschaft aufhalten: Die Wellentäler an der Stadthalle, den Kiosk an der »Tüte« und den Eingang des Hauptbahnhofs. »Gleich gibt's Essen«, verkündet er. »Hallo, Michael«, tönt es ihm entgegen, »schön, dass Du da bist«, sagen manche, »bis gleich« oder lächeln stumm. Die Topographie an der Stadthalle ist für Michael Geymeier sinnbildlich: »Bielefeld ist eine kranke Stadt und in den Wellentälern saufen Menschen ab«, für viele kaum sichtbar. Ab und zu stehen sie auf, schauen sich um und setzen sich wieder. Oder gehen rüber zum Kiosk oder zum Eingang der U-Bahn. Aber seit in der Stadthalle das Impfzentrum ist, sind sie dort nicht gern gesehen.

Vor der Corona-Pandemie hat Michael Geymeier im Café »Open Heart« der Heilsarmee an der Siegfriedstraße gekocht. Er fragt nicht, warum jemand bei ihm essen möchte, er will auch keinen Bielefeld-Pass sehen. Wer kommt, bekommt eine Suppe und etwas Warmes zu trinken. Man braucht hier auch keine »Security« wie in städtischen Einrichtungen. Die Atmosphäre ist respektvoll und konfliktarm. In sechzehn Jahren kam nur drei Mal die Polizei zur Heilsarmee.

Als zu Beginn des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 viele Hilfsangebote eingestellt wurden, kamen immer mehr Menschen in die Siegfriedstraße. »Das ging nicht mehr in dem Wohnviertel, deshalb bin ich mit dem Bulli der Heilsarmee dort hingefahren, wo die Menschen sind«, berichtet Geymeier. Zur »Tüte«. Anfangs erhielt er Platzverweise und wenn er in Bahnhofsnähe parkte, wurde das schon mal mit einem Knöllchen quittiert. Das ist aber längst Geschichte. Heute hält er ein Schwätzchen mit dem Sicherheitsdienst der Bahn, wird von Polizisten freundlich begrüßt, die im Viertel wiederholt auf die Suppenküche hinweisen. Und alle nennen ihn »Michael«; »Herr Pastor« oder »Herr Geymeier« hört man hier nicht.

## Der Magen kennt keinen Feiertag

Egal ob unter der Woche oder sonntags, jeden Tag ist er hier. In seinem Bulli hat er 50 bis 60 Liter Suppe, warmen Tee und manchmal auch etwas »Süßes«. Die Menschen brauchen etwas zu essen, der Magen kennt keinen Feiertag. Als gelernter Koch hat er anfangs die Suppen selbst zubereitet, bis ihn ein stadtbekanntes Delikatessengeschäft ansprach und den Job übernahm.

Weitere Spenden von Gaststätten, Hotels und einer Kirchengemeinde kamen hinzu, so dass sich Michael Geymeier heute fast nur noch auf das Verteilen konzentrieren kann. Er ist davon überzeugt, Corona habe gezeigt, wie solidarisch eine Stadt sein kann.

Nur dass die Hygienevorschriften so viel Müll produzieren – das stört ihn, aber ändern kann er es nicht. Geymeier darf nur Einwegbecher benutzen. Selbst für den Nachschlag muss es einen neuen geben. Zum Glück sind die nicht mehr aus Plastik, sondern biologisch abbaubar. Rund 50.000 Becher hat er bisher ausgegeben. Ein beachtlicher Müllberg! Aber auch 50.000 warme Suppen und Getränke! Wenn Wohnungslose ihn fragen, gibt es zu den Suppen auch medizinische Masken und Handdesinfektions-Gel.

Seit Kurzem darf er in der Siegfriedstraße Corona-Schnelltests durchführen. Auch hier fragt er nicht, warum jemand Hilfe be-



FOTO: KLAUS FEURICH

nötigt. Die Stadt habe lange Zeit versucht, die Menschen zu trennen: Hier die Drogenabhängigen, dort die Alkoholiker und dann die Armen, die in der Pandemie noch ärmer werden. Das ist Quatsch, schimpft Geymeier, im großen Heer der Armen überlappen sich alle Gruppen, und das sieht man auch am Suppenbulli der Heilsarmee: Alkoholiker, Substituierte, Junkies und Arme, die kein Geld haben – weder für Drogen noch für Alkohol. Dreißigjährige, die aussehen wie fünfzig. Alte Menschen, die eigentlich im gesicherten Ruhestand sein sollten. Michel Geymeier ist für alle da, stillt den »Kohldampf«. »Was gibt's heute«, fragt einer. »Hauptsache warm«, sagt ein anderer und allen schmeckt die Kartoffelsuppe. »Danke, Michael« und »mmmh, lecker« sind oft gehörte Kommentare.

Michel Geymeier ist »Major of the Salvation Army«, Pastor der Heilsarmee, das ist auf einem rotleuchtenden Laufband hinter der Windschutzscheibe zu lesen. Und es steht auf dem Bulli und seiner gelben Warnweste. Viele kennen die Heilsarmee noch aus den alten Edgar Wallace-Filmen, in denen uniformierte Frauen mit Spendenboxen in verruchten Kneipen Sohos um milde Gaben bitten. Aber mit Lieder-singenden Heilsarmee-Kapellen, wie sie in den 1980er Jahren noch in Bielefeld zu sehen waren, hat Geymeier nichts am Hut. Er lässt seine Lebensgeschichte für die Heilsarmee sprechen, die leicht Thema eines abendfüllenden Spielfilms oder Romans sein könnte.

## Leben auf der Überholspur

1965 geboren, begann für ihn bald ein selbsterzöckerisches Leben auf der Überholspur. Als Kind und Jugendlicher war er

Totalverweigerer, flog von der Schule, landete schließlich auf einer Schule für »Lern-behinderte«, in der er auch nicht richtig aufgehoben war. Er interessierte sich für Parapsychologie, wollte vor allem frei sein. Restriktionen aller Art machten ihn sauer. Er besetzte Häuser, demonstrierte in Frankfurt an der Startbahn West. Das Leben war für ihn ein Kampf, und er stand an der vordersten Front. Er trank viel, nahm Drogen und setzte sich eine Zeitlang nach Frankreich ab.

Als er wieder nach Deutschland zurückkehrte, fand er in einem Männerwohnheim der Heilsarmee in Freiburg Unterkunft. Dort schien es keinen zu kümmern, dass er zu viel trank, selten nüchtern war. Als er eines Tages mit einem Freund sturzbetrunken in eine Versammlung der Heilsarmee platzte, war er sicher, gleich rausgeschmissen zu werden. So kam auch eine alte Frau in Uniform auf ihn zu. Aber statt die Betrunkenen zurecht zu weisen, bot sie ihnen Sitzplätze in der zweiten Reihe an. Für Michael Geymeier ein Schlüsselerlebnis. In diesem Moment war ihm klar, dass er sein Leben ändern musste, wenn er es nicht verlieren wollte. Seitdem habe er sich von Alkohol und Drogen ferngehalten, sagt er. Das war vor dreißig Jahren.

## Nicht in die Wiege gelegt

Dass Michael Geymeier bei der Heilsarmee eine Heimat finden wird, war ihm nicht in die Wiege gelegt. Er stammt aus einem atheistischen Elternhaus, das sich manchmal über den frömmelnden Kirchgang von Nachbarn wunderte, die nach der Kirche wieder übereinander herzogen. Aber diese Menschenfreundlichkeit in Freiburg, diese »selbstlose Liebe« habe ihn überwältigt.

Obwohl er weder Abitur noch eine Berufsausbildung hatte, konnte er an einem Institut der Heilsarmee in der Schweiz Theologie studieren. Wie auch seine spätere Ehefrau, die vorher Sozialarbeit studiert hatte, aber nun für die Heilsarmee arbeiten wollte. Das Studium am »Institut für Gemeindebau und Weltmission« (IGW) in Zürich ist noch heute Voraussetzung für eine Offizierslaufbahn bei der Heilsarmee. Seit 20 Jahren sind Michael und Sabine Geymeier »Majore des Korps der Heilsarmee Bielefeld«. Das Paar hat drei Kinder, das jüngste macht im nächsten Jahr Abitur. Dann werden die Eltern bereits in Kassel für die Heilsarmee aktiv sein.

Auf eins legt Michael Geymeier wert: Wer mit ihm über Gott, über seinen Glauben sprechen will, soll seinen Gottesdienst im Hinterhaus der Siegfriedstraße besuchen; wegen Corona fällt dieser aber seit einiger Zeit aus. Missionieren will er nicht, schon gar nicht auf der Straße. Die Sozialarbeit auf der Straße macht er aus persönlichem Interesse. Er weiß, wie es den »Abgehängten« geht. Geymeier gehörte viel zu lange dazu. Die Menschen brauchen Zuwendung. Und Respekt. Man müsse nur die Augen öffnen, um zu erkennen, wer Hilfe benötigt. Da hilft auch keine Statistik, die zum Beispiel in Bielefeld von nur 12 Obdachlosen ausgeht.

Für Geymeier sind es bestimmt 400 angesichts der unwürdigen Behausungen, in denen viele wohnen. Wenn man diese Themen anspricht, dann brennt er. »Nicht labern. Handeln!« ist seine Devise immer gewesen in Bielefeld und wird es auch ab August in Kassel sein. So hinterlässt er Spuren. Hier werden ihn viele Menschen vermissen.

## »Man muss ZeroCovid nicht neu erfinden«

Christian Y. Schmidt gehört zu den Erstunterzeichnern des ZeroCovid-Aufrufs. Matthias Harre hat ihn Anfang April befragt

**Viertel:** Im Januar erschien der Aufruf ZeroCovid (ZC). Welches sind die wichtigsten Punkte im Konzept?

**Christian Y. Schmidt:** Das erste Ziel ist es, die Ansteckungen auf Null zu reduzieren, und eben nicht eine geringe Zahl von Ansteckungen zu tolerieren. Letzteres führt nur dazu, dass es eine Infektionswelle nach der anderen gibt, und dann eben auch einen Lockdown nach dem anderen. Erreicht werden soll das Nullinfektionsziel durch einen harten, solidarischen Shutdown, bei dem nicht nur die Einrichtungen geschlossen werden, die in den bisherigen Lockdowns geschlossen waren, sondern auch die Fabriken, Betriebe, Baustellen und Büros.

**Deine Kritik an den Unzulänglichkeiten der politischen Maßnahmen ist scharf. Entspricht das ZC-Konzept Deinen Vorstellungen?**

Ich gehöre zwar zu den Erstunterzeichnern von ZeroCovid, weil ich die Forderungen grundsätzlich für richtig halte, habe aber meine Probleme damit, wie sich einige die Umsetzung dieser Forderungen vorstellen. Dass ein Shutdown solidarisch von unten durchgesetzt werden soll, ist natürlich grundsätzlich wünschenswert. Ich habe nur meine Zweifel, ob das in der momentanen gesellschaftlichen Realität auch klappt. Ich glaube, wir kommen nicht umhin, den von oben durchzusetzen.

**Ist das jetzt drei Monate alte ZC-Konzept noch aktuell?**

Ja, natürlich ist das noch aktuell. Und das bleibt es auch, so lange durch Impfungen keine Herdenimmunität erreicht worden ist und weiter pro Tag hunderte von Menschen an Covid\_19 sterben. Man muss sich immer vor Augen halten, dass in Deutschland inzwischen über 77.000 Menschen an Covid\_19 gestorben sind, die nicht hätten sterben müssen, wenn man von Anfang an auf die ZeroCovid-Strategie gesetzt hätte.

**Wie werden »vulnerable Personen« wirklich geschützt?**

Eben durch einen umfassenden Shutdown. Dabei sollen die Menschen, die durch seine Auswirkungen besonders hart betroffen sind, mit einem Rettungspaket auch besonders unterstützt werden: Menschen mit niedrigem Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen, in einem gewalttätigen Umfeld, Obdachlose. Außerdem müssen Sammelunterkünfte aufgelöst und geflüchtete Menschen dezentral untergebracht werden.

**Mittlerweile fordern selbst strikte Marktwirtschaftler einen strengen Shutdown. Wo ist der Unterschied zu den ZC-Positionen?**

Dass sich ein strenger Shutdown auch volkswirtschaftlich rechnet, haben selbst die Apologeten der Marktwirtschaft nach einem Jahr

Pandemie mitbekommen. Das sind aber genau diejenigen, die sich im letzten Jahr mit Händen und Füßen zunächst gegen jedwede Maßnahmen gestemmt haben, und so mitverantwortlich für Zehntausende von Toten sind. Und dass diese Leute jetzt dafür eintreten, auch Betriebe und Fabriken, die nicht essentiell sind, zu schließen, davon habe ich bisher auch noch nichts gehört.

**Wie kann ein europa- oder sogar weltweit totales Herunterfahren von wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben funktionieren?**

Weltweit wird man das Leben nicht herunterfahren müssen, da in einigen Teilen der Welt die Pandemie ja schon längst überwunden ist. Ansonsten kann man sich ja noch einmal anucken, wie es Australien, Vietnam, Neuseeland, China, die Mongolei, Taiwan, Hongkong, Thailand oder Südkorea gemacht haben. Dort wurde nämlich überall eine ZeroCovid-Politik verfolgt. Man muss ZeroCovid doch nicht neu erfinden. Man kann es einfach kopieren.

**Was müsste die »Politik« bei wahrscheinlichen nächsten Pandemien besser machen?**

Sofort klar und unmissverständlich informieren. Sofort die Grenzen schließen, bei der Einreise testen und die Einreisenden in eine überwachete Quarantäne stecken. Sofort eine Mas-

kenpflicht verhängen. Bei Ausbrüchen sofort die Bevölkerung im Infektionsgebiet durchtesten. Sofort jede Infektion nachverfolgen. Und wenn es dann immer noch nötig sein sollte: Über die Gebiete, in denen es einen Ausbruch gegeben hat, kurzfristig echte Lockdowns verhängen. Kurz: Wenn man das Gegenteil von dem macht, was die deutschen Behörden bei Ausbruch der Covid\_19-Pandemie im letzten Jahr gemacht haben, macht man sicher nichts verkehrt.

**Was macht die ZeroCovid-Initiative nach der Pandemie?**

Keine Ahnung. Ein wichtiger Punkt bei ZeroCovid ist die Forderung, das deutsche Gesundheitssystem nachhaltig auszubauen. Ich kann mir vorstellen, dass sich hier Leute weiter engagieren. Ich werde allerdings nicht dabei sein. Ich will so schnell wie möglich zurück nach China, um nach mehr als einem Jahr endlich meine Frau wiederzusehen. Und in China haben wir schon lange ZeroCovid.

» Info »



FOTO: VERONIKA RADULOVIC

**Christian Y. Schmidt, Schriftsteller aus Bielefeld, ehemaliger »Dreck«- und »Titanic«-Redakteur, lebt in Peking und Berlin. Im Oktober 2020 veröffentlichte er im Berliner Hybriden-Verlag seinen Bericht »Corona Updates Beijing«.**

## Kollektives Fingerschmutzigmachen

Wie aus Freaks Genossenschaftler wurden. Von Karl Lederer



»Zurück zur Natur!« Ein Slogan aus der Zeit, als der Autor noch jung war und Spontisprüche blühten. Das war natürlich lange vor dem Internet. Versteht sich.

Kurze Zeit später wurde daraus »Alle wollen zurück zur Natur, aber bloß nicht zu Fuß.« Um heutzutage dann um den Zusatz ergänzt zu werden: »Am liebsten mit dem SUV.« Kennt man ja. Bloß nicht dreckig werden. Alles schön sauber und keimfrei. Und alle ma-

chen mit. Alle?! Nein, ein kleines Häufchen urbaner Idealisten machte sich auf, um ganz im Norden Bielefelds den Römern, upps! – Entschuldigung, der Bundeslandwirtschaftsministerin Julia K. zu zeigen, was eine Harke ist. Und um zu belegen, dass eine landwirtschaftliche Versorgung jenseits von Glyphosat, EU-Subventionen und Agrar-Lobby machbar ist. Auch wenn es sich dabei um »nur ein paar wenige Solawi Freaks« handelt.

Zumindest waren das die Worte, die der Mitbegründer der Solawi Bielefeld, Landwirt Jobst B., von der Lobby- und Ex-Weinkönigin Julia K. auf der »Grünen Woche« in Berlin zu hören bekam, als er ihr seine Idee vorstellte. Was ihn nicht abhielt Anfang 2020 zum »Infoabend Solidarische Landwirtschaft« in der Bürgerwerkstatt einzuladen. Und da waren mehr als nur ein »paar Freaks« dabei.

**Klimawandel ist re(gio)nal**

Trotz erstem Corona-Shutdown ging es dann im März 2020 direkt los: Solidarische Landwirtschaft auf dem Engelingshof im Bielefelder Norden. Der Versuch solidarischer Selbstversorgung auf ökologischer, klimafreundlicher Basis. Jenseits von Marktdruck und dem Anspruch, Gewinn erwirtschaften zu müssen. Einfach nur, um gut 120 Menschen mit frischem Gemüse und Feldfrüchten zu versorgen. Saisonal und vor allem: regional. Während Klöckners Julia bei ihrer neuesten Kampagne für regionale Produkte mit einem frisch gepressten Orangensaft posiert. Orangensaft!

Das ist freaky – Klimawandel ist re(gio)nal.

Seitdem machen sich die Freaks der Solawi Bielefeld jede Woche mit Begeisterung die Finger schmutzig, haben gebuddelt, gepflanzt, gegossen, Beikräuter gezupft, das erste Bund Radieschen bejubelt. Und dann die Ernte untereinander verteilt. Mit so viel Einsatz und Enthusiasmus, dass sie Ende Januar 2021 eine echt freaky Genossenschaft gegründet haben. Kollektives Finger-in-die-Erde-stecken sozusagen.

Nach dem ersten erfolgreichen Jahr ist klar: Es soll weitergehen. Die Genossenschaft gibt Sicherheit und Geld zum Investieren. Jenseits von Subventionen.

Es scheint Spaß zu machen. Denn die Genossenschaft wächst. Inzwischen gibt es eine Warteliste für 2022. Also doch »zurück zur Natur«. Mit dreckigen Fingern. Als gäbe es nichts Schöneres. Passt. Ist gut fürs Klima, schmeckt und macht glücklich. Und Karl der Käfer freut sich auch. Ach stimmt, den kennt ja auch keiner mehr. Egal, einfach weiter buddeln!

[www.solawi-bielefeld.de](http://www.solawi-bielefeld.de)

Anzeigen

An- und Verkauf  
alter und gebrauchter Bücher  
–  
Büchersuchdienst –

**Antiquariat**  
in der Arndtstraße

Arndtstraße 51 · 33615 Bielefeld  
05 21 / 923 89 96  
kontakt@antiquariat-arndtstrasse.de

Öffnungszeiten: Mo – Fr 12<sup>00</sup> – 19<sup>00</sup> · Sa 10<sup>00</sup> – 14<sup>00</sup>

Stimmen  
Reparatur  
Begutachtung

**Erwin Klumpf**  
Klavierbaumeister

Telefon 0521.178126  
[www.erwin-klumpf.de](http://www.erwin-klumpf.de)

leicht,  
flexibel, unabhängig

**cambio**  
CarSharing

**CarSharing**

Tel. 0521-633 33 | [www.cambio-CarSharing.de](http://www.cambio-CarSharing.de)

Am 18. Januar 1944 wurde Heiko Plöger in Herford verhaftet und in das Bielefelder Polizeigefängnis an der Turnerstraße verbracht. Der Sozialdemokrat arbeitete bei Dürkopp und wurde beschuldigt, »Feindsender« abgehört und »volkschädliche Nachrichten« unter seinen Kollegen verbreitet zu haben. In Bielefeld verhörte ihn Gestapo-Kriminalsekretär Karl Kaufmann. Seine Verhöre waren hart, »Geständnisse« wurden erpresst. Am 15. August 1944 sprach das Oberlandesgericht Hamm das Urteil gegen sieben Bielefelder Arbeiter: Heiko Plöger und Gustav Höcker wurden zum Tode verurteilt, die anderen erhielten drei- bis vierjährige Gefängnisstrafen. Kaufmann, der sich schon mal damit brüstete, »mit einem Schlage 180 Widerstandskämpfer aus den Betrieben heraus verhaftet« zu haben, musste sich im Oktober 1949 vor der Bielefelder Strafkammer verantworten. Die Bielefelder Arbeiterschaft warf ihm vor, durch seine Verhöre »zwölf Genossen [...] aufs Schafott« gebracht und weitere zu insgesamt 350 Jahren Zuchthaus oder KZ »verholfen« zu haben.

Nach wenigen Verhandlungstagen stand fest, dass die Strafkammer gar nicht zuständig war. So war bei der Beweisaufnahme ein hinreichender Verdacht entstanden, dass der Angeklagte Aussagen erpresst und Körperverletzungen begangen hatte, nach der Rechtsprechung also »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Diese mussten nach dem von den Alliierten erlassenen Kontrollgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 vor einem Schwurgericht verhandelt werden.

#### Folter als »Spezialmethode«

Als der Prozess am 23. Januar 1950 begann, spielte Kaufmann den harmlosen Biedermann. Er habe es gar nicht nötig gehabt, »Druckmittel« einzusetzen. Die festgenommenen Arbeiter hätten »freiwillig« ausgesagt und sich dabei gegenseitig belastet. Der Gestapo-Mann nahm gar für sich in Anspruch, viele Arbeiter vor dem KZ bewahrt zu haben.

Die Zeugen sahen das anders. August Reckeweg aus Senne I berichtete, dass Kaufmann ihn geschlagen habe, was ihm zwei Zähne gekostet habe. Einen anderen Arbeiter soll er mit einer »Limonadenflasche« geschlagen haben. Ein Zeuge berichtete von Schreien, die er aus einem benachbarten Zimmer hörte. Der Verhörte sei mit einem blauen Auge in seine Zelle gekommen und habe gesagt, dass Kaufmann ihn geschlagen und »gegen Tische und Stühle« gestoßen habe. Kaufmanns »Spezialmethode« war aber nicht die körperliche Gewalt, dafür waren ganz andere Gestapo-Schergen bekannt.

Kaufmann setzte vielmehr psychische Zwangsmittel ein. In den Verhörzellen drohte er regelmäßig, die Ehefrauen zu verhaften, stets mit dem Hinweis darauf, dass diese die Verhöre kaum überstehen würden. Wenn die Gefangenen Kinder hatten, drohte Kaufmann, diese in eine »Fürsorgeanstalt« zu stecken und dafür zu sorgen, dass sie ihre Eltern niemals wiedersehen. Einem Arbeiter drohte er, dessen 77-jährige Mutter sofort verhaften zu lassen, wenn er nicht endlich aussagen würde. Und wiederholt sagten Zeugen vor dem Schwurgericht aus, dass sie 10 bis 12 Stunden stehen mussten, ohne sich an einer Wand anlehnen zu können, bevor sie verhört wurden. Witwen von hingerichteten Arbeitern berichteten unter Tränen von ihren Besuchen im Polizeigefängnis und den letzten Begegnungen mit ihren Männern, deren erbärmlicher Zustand auf Verhörmethoden Kaufmanns zurückzuführen gewesen sei.

Für die Bielefelder Presse gab es keine Zweifel, dass der Straftatbestand der Aussageerpressung unter Einsatz von physischer und psychischer Gewalt nachgewiesen war.



Karl Kaufmann (Bildmitte) im Innenhof des Schwurgerichts (1950).

## Gestapo-Scherge vor Gericht

In der jungen Bundesrepublik endeten Prozesse gegen NS-Verbrecher oft mit fragwürdigen Urteilen. Ein Beispiel aus Bielefeld von Bernd J. Wagner

Aber es gab noch andere Zeugen, die aus sagten, dass sie von Kaufmann bei Verhören »korrekt«, ja, sogar höflich behandelt worden waren. Und schließlich setzte sich Kaufmanns ehemalige Sekretärin bei der Gestapo als Entlastungszeugin für ihn ein. Die stundenlangen Vernehmungen seien oft sehr quälend gewesen, ihr Chef habe es aber gar nicht nötig gehabt, Aussagen zu erpressen, dazu sei er viel zu »intelligent«. Die sozialdemokratische »Freie Presse« und das kommunistische »Volksecho« gewannen schnell den Eindruck, dass der Richter mit den Entlastungszeugen wesentlich wohlwollender umging, ihnen Glauben schenkte, wogegen Belastungszeugen häufig »in die Mangel« genommen und »ausgequetscht« wurden.

Als nach sechs Verhandlungstagen die Staatsanwaltschaft auf eine achtjährige Zuchthausstrafe sowie »vier Jahre Ehrverlust wegen Aussageerpressung in 17 Fällen in Tateinheit mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Körperverletzung im Amt« plädierte, sah sich die Presse in ihrer Einschätzung bestätigt.

#### Ein Jahr und sechs Monate

Aber es kam anders. Kaufmann wurde wegen Aussageerpressung nach § 343 StGB in einem Fall zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten verurteilt. Landgerichtsdirektor Dr. Emil Althoff, der seit den 1930er Jahren am Landgericht war, hatte in den Jahren 1948/49 gleich mehrere NS-Täter zu hohen Haftstrafen verurteilt. Im Kaufmann-Prozess warf er den Belastungszeugen vor, »stark voreingenommen« zu sein, ja, »eine ganz feindliche Haltung gegen Kaufmann« gezeigt zu haben. Ihre Aussagen seien »widersprüchlich«, »tendenziös«, schlicht »unglaublich« gewesen. Ihre Verhaftung sei rechtens gewesen, weil sie gegen geltendes Recht verstoßen hätten. Nicht zu rechtfertigende Verhörmethoden hätten dagegen nicht nachgewiesen werden können.

#### Freispruch nach vier Jahren

Als Reaktion auf das skandalöse Urteil rief der DGB am 1. Februar 1950 zu einem einstündigen Generalstreik auf. Rund 30.000 Arbeiter zogen zum Landgericht. Sie protestierten gegen das »Schandurteil«, nannten Kaufmann einen »Gestapohenker«. Der Protest und die Kommentare im kommunistischen »Volksecho« hatten ein juristisches Nachspiel. Der Chefredakteur des »Volksecho« wurde im Juni 1950 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Gegen das Urteil gegen Kaufmann wurde Revision eingelegt, die Verhandlung ließ aber einige Jahre auf sich warten. Erst im April 1954 stand Kaufmann wieder vor Gericht – und wurde freigesprochen. Das Gericht glaubte ihm, dass ein Gefangener »versehentlich« die Nacht über im Gestapogefängnis geblieben sei. Eine Grotteske, wenn es nicht so beschämend gewesen wäre.

Der Freispruch wurde am 27. April verkündet. Als Reaktion auf das skandalöse Urteil rief der DGB am 1. Februar 1950 zu einem einstündigen Generalstreik auf. Rund 30.000 Arbeiter zogen zum Landgericht.

Auf Transparenten war zu lesen »Nie wieder 1933«, und vom Rathausbalkon kritisierten Redner, dass mit Theodor Oberländer ein ehemaliger SA-Hauptsturmführer und Gauamtsleiter der NSDAP Bundesminister im Bonner Kabinett war. Karl Kaufmann, der sich rühmte, Bielefelder Widerstandskämpfer in den Knast gebracht zu haben, spielte keine Rolle mehr, sein Name oder das erneute »Schandurteil« wurden nicht einmal erwähnt.

#### » Info »

Der Historiker Bernd J. Wagner forscht derzeit über NS-Täter vor Bielefelder Gerichten.



Radikaler Protest vor dem Schwurgericht (1950).

# Frau Gross ist aufmüpfig und fällt um

Ob Narr, Narziss oder Nazi, die Grenzen sind fließend. Wer rausgetragen wird, kommt auch wieder rein. Muss nicht, meint Bernd Kegel

FOTO: MARTIN SPECKMANN



Die Welt braucht Narren. Mehr denn je. Doch schwieriger denn je erscheint es zurzeit, Narren und Idioten auseinander zu halten. Oder Närrinnen. Im Rathaus weigert sich die sachkundige Bürgerin Frau Gross, AfD, eine Maske zu tragen. Sie wirft sich auf den Boden und lässt sich von starken Ordnungskräften hinaustragen. Ein politisches Statement? Paranoide Querulanz? Oder schon Kunst?

In Anbetracht der Tatsache, dass sich querulantes Verhalten in den letzten Monaten häuft, dass es wenig hilft, sich auf dem Boden herum zu wälzen wie ein Trotzköpfchen, bietet sich hier die Kunstkritik an, um sich leider ernst zu nehmenden Tendenzen in Politik und Kultur zu nähern.

Die Gross'sche Performance lässt sich mit den Mitteln der Kunstbetrachtung entschlüsseln. Eine erste Frage wäre die nach dem »Bezug«. Wahrscheinlich fällt den Figuren, die Frau Gross letzten Endes wegtrugen, in der Inszenierung kaum Bedeutung zu. Es scheint sich hier nur im weitesten Sinne um eine Tanz-Performance gehandelt zu haben. Der Bezug weist also recht schnell in Richtung Florian Sander, AfD-Ratsmitglied. Herr Sander ist der Chef von Frau Gross, jedenfalls was das Rathaus betrifft. Ein Hinweis, der weiterführen könnte. Und zwar ins Politische hinein. Ein offensichtlich schlüssiges Bild: Frau Gross legt sich in ostentativer Absicht rücklings auf den Boden der freiheitlichen Grundordnung; hier konkret dargestellt in Form des Fußbodens in der kommunalen Einrichtung Rathaus. Herr Sanders Partei versucht sich als »Alternative«. Wobei auffällt, dass das Wort »Alternative« hier in einem ungewohnten semantischen Zusammenhang auftaucht. »Alternativ« bedeutet hier nichts Linksalternatives. Eher etwas Entgegengesetztes. Florian Sander darf ohne viel Federlesens als ein Mann betrachtet werden, der sich als Nationalist sieht. Das schafft einen neuen Bezug. Handelt es sich auch um

keine Tanzperformance, bleibt dennoch der Hinweis zum üblichen Wortspiel: Frau Gross ist aus der Reihe getanz. Und Lob allen, die sich das trauen. Falls es der Sache dient. Oder der Wahrheitsfindung.

## Bongosolo und Kombucha

Fritz Teufel, Pudding-Attentäter, war auch einer, der aus der Reihe tanzte. Er legte sich zwar nicht hin, er saß und stand einfach nicht auf. Obschon ihm dies vor Gericht zugestanden hätte. Der Richter nötigte ihn eindringlich, da erhob sich der Zausel und sprach die erhebenden Worte: »Wenn es der Wahrheitsfindung dient ...« Er sorgte damit für immergrünen Spontispruch und einen der großen Momente der »Spaßguerilla«. Einer Gegenkultur, seitdem wie verschmolzen mit der Idee des »Linken«. Ganz pauschal. Spätestens seit diesen Momenten ist »Aufmüpfigkeit« in Deutschland eng mit links verbunden. Sit-Ins oder ähnliche Formen der politischen Intervention gelten seither grundsätzlich als etwas Links-Alternatives. Bis dato.

Das stinkt den Rechten schon seit langem. Sie nennen es Metapolitik. Jahrelang mussten sie zusehen, wie im Zuge der allgemeinen Jugendbewegung alles auf tendenziell links dreht, was irgendwie jung und progressiv war: Rock'n'Roll, Beat, »68er Revolte«. Nach Woodstock galt jedes Bongosolo so wieso als linke Aktion. Latzhose und Müsli waren links, der Kombuchapilz auch. Daran schloss sich das Esoterische an. Inklusiv der Gegnerschaft gegen die Masernimpfung. Alles links, auch grün war links, obschon grün auch mit braunen Tupfern begann. Vegan war links. Dann kam Attila Hildmann. Jetzt kommt's drauf an: Wer steht überhaupt wo?

## Freund oder Feind

Frau Gross ist aufmüpfig. Ist das ihr demokratisches Recht, renitenter Narzissismus?

Oder einfach nur Nazismus? Im Hinblick auf den Bezug kommen wir auf Folgendes: Herr Sander promoviert über Carl Schmitt. Der wirkte maßgeblich an den Rassegesetzen der Nazis mit. Als Rechtsphilosoph genießt er bis heute hohes Ansehen. Das Denken von Carl Schmitt läuft auf Ideen hinaus, die das Denken selbst ins Stocken bringen können. Eine Kernaussage: Alles »Politische« beruhe auf dem Schema »Freund-Feind«. Jeder Mensch und jedes Volk, das nicht mehr messerscharf in Freund und Feind unterscheidet, hat das Feld des Politischen verlassen: »Wir« ist Freund. Das ist gut. »Die« ist Feind. Das ist schlecht. So funktioniert die Sache. In gewisser Weise mag der Mann den Nerv treffen: Beim Blick zurück. Wenn »man« es so sehen will. Das Fatale ist, dass solch fromme Denkart heute durchaus verfangt. Der »Blick zurück« verfangt ja gern. Fromm insofern, als dass Schmitt hauptsächlich Katholik war. Das führte vor Zeiten zu Anerkennung; zurzeit gerät es eher zu Fragwürdigem.

Ob katholisch oder was-auch-immer: heute könnte das Freund-Feind-Ding verfangen. Weil ja alle so denken. Brutal ausgedrückt. Nicht nur rechts drehende Menschen suchen zurzeit Heil und Sicherheit, Status und Bestätigung im Konzept der »Identität«; in der wohlgestylten Abgrenzung des eigenen Seins gegen das der jeweils anderen. Die politische Heimat liegt im Wir der eigenen Gruppe, weil nur dort die Verwirklichung des Ich stattfinden kann. Wir, wir, wir...

Wenn sich die rechts-romantische Idee vom großen Wir als langlebig erweist, steht reiche Beute ins Haus. Die Neue Rechte steht bereit, »Rache für Woodstock« zu nehmen. Alain de Benoist, seit Jahren einer ihrer Vordenker, sieht die probate Chance, dass '68 umgekehrt, die Alltagskultur auf rechts gedreht werden könnte. Dass die gesamte kleinbürgerliche Szene dafür bereit steht.

Das nennt er Metapolitik. Alexander Döbrindt (CSU) nennt es 2018 zum 50sten Jahrestag von '68 »konservative Revolution«.

## Kunst ins Grundgesetz

Zurück zu Frau Gross. Ihre Tat selbst ist nur die halbe Sache, zeigt aber, dass es wichtig ist, Bezüge zu beachten. Sie kann Anregung sein. Weiter zu denken. Zu überlegen, worin der Unterschied bestehen könnte: Hier das Schmittsche Freund-Feind-Schema, dort die Frage, was ist noch links; was ist schon rechts? In der Pandemie erhebt sich die Frage mit Nachdruck. Wer denkt noch mit Rosa Luxemburg: »Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden«. Oder mit Josef Beuys' »Jeder Mensch ein Künstler«? Überhaupt führte der »erweiterte Kunstbegriff« zu Missverständnissen und allerlei Narreteien. Um diese deuten, verstehen und einordnen zu können, bedarf es der Fähigkeit, Perspektiven zu wechseln. Die Beschäftigung mit Kunst und Kunstbetrachtung ist dabei förderlich.

Soll »Kunst« etwa im Grundgesetz verankert werden? Seit Beginn der Pandemie ist ja die Forderung »Kultur ins Grundgesetz!« aufgekommen. Mit der Hoffnung, alle, die Kultur schaffen, existenziell abzusichern. Damit Menschen ohne Lobby, als Teil der Freizeitspässe, als »Marktteilnehmer:innen« nicht zu Konformist:innen mutieren. Unbedingt! Durch die Aktion von Frau Gross sensibilisiert, schärft sich aber auch die Sorge, dass doch nur ein Absatz über »Leitkultur« dabei heraus käme.

Die Idee, Kunst ins GG aufzunehmen heißt: die Formulierung selbst als Kunst zu betrachten. Festzuhalten, dass grundsätzlich jeder Mensch in die Lage versetzt sein muss, leben und arbeiten zu können. So wie es die gesellschaftlichen Ressourcen eben hergeben. Leben und arbeiten, das sollte bedeuten: Kunst machen. Was dann auch mit der Pflicht verbunden wäre, Kunst auszuüben. In der Krise sogar täglich.

Dann könnten lauter Narreteien stattfinden. Und all die Pappschilder der Querdenker, Impfegegner, Verschwörungsmystiker flögen im warmen Wind eines gewaltigen Lachers in den Himmel, würden als Konfetti auf uns herabregnen. Auf uns, die wir uns nicht rührselig in den Armen liegen, sondern die wir uns anstacheln, scharf machen, aufregen, anregen, indem wir Kunst machen. Und wenn es nötig wäre, das wir uns irgendwo auf dem Boden herumwälzen, sollten wir darauf achten, nicht in den Vogelschiss zu geraten, der aus Kreisen der AfD so gern ausgelegt wird.

## Impressum

**Viertel – Zeitung für Stadtteilkultur und mehr**

Redaktion:

Silvia Bose, Klaus Feurich, Birgit Gärtner, Matthias Harre, Bernd Kegel, Aiga Kornemann, Martin Speckmann, Bernhard Wagner, Conny Wallrabenstein, Charlotte Weitekemper, Ulrich Zucht (V.i.S.d.P.)

AutorInnen, Mitarbeit:

Christine Russow, Karl Lederer, Bernd J. Wagner, Gestaltung und Layout: Manfred Horn

Druck: Druckerei Matz, Bielefeld

Kontakt, Anzeigen

Viertel – Zeitung für Stadtteilkultur und mehr  
c/o BI Bürgerwache e.V. | Rolandstr. 16  
33615 Bielefeld  
E-Mail: post@die-viertel.de  
Internet: www.die-viertel.de

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft  
DE80 3702 0500 0007 2120 00  
Stichwort: Spende »Viertel«